

Stellungnahme zur Einladung von Vertretern der Taliban in Wien

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Seit Beginn der sogenannten direkten Gespräche mit den Taliban haben zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter auch die afghanische Diaspora in Österreich – wiederholt und mit Nachdruck vor den Folgen einer schrittweisen Normalisierung und damit einhergehenden Legitimierung des Taliban-Regimes gewarnt. Auf unterschiedlichen Ebenen wurde appelliert, derartige Vorhaben angesichts ihrer gravierenden und unabsehbaren Konsequenzen zu unterbinden.

Trotz dieser eindeutigen Warnungen wurde gestern bekannt, dass Vertreter der Taliban auf Einladung des Innenministeriums nach Wien gereist sind. Wir verurteilen dieses verantwortungslose Vorgehen. Es stellt nicht nur eine Missachtung universeller Werte dar, sondern auch einen Verrat an den österreichischen und europäischen Grundwerten. Die Einladung von Repräsentanten eines Terrorregimes schadet der Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates und unserer Außenpolitik.

Eine Zusammenarbeit mit den Taliban, die sich auch vier Jahre nach ihrer gewaltsamen Machtübernahme offen mit über 3.500 Selbstmordattentätern brüsten, trägt direkt zur Normalisierung des Terrors bei und demütigt ihre Opfer. Der katastrophale Zustand Afghanistans, welcher von den Vereinten Nationen und internationalen Menschenrechtsorganisationen als einer der schlimmsten weltweit beschrieben wird, ist auf die Machenschaften der Taliban zurückzuführen und kann nur durch deren Bekämpfung verbessert werden. Systematische und flächendeckende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, ethnische und religiöse Minderheiten sowie politische Dissidentinnen und Dissidenten, prägen das Regime. Wer Gespräche mit den Taliban führt, trägt unweigerlich dazu bei, diese Verbrechen zu normalisieren. Nichts kann eine Zusammenarbeit mit so einem Regime rechtfertigen.

Darüber hinaus steht dieses Vorgehen im klaren Widerspruch zu den eigenen programmatischen Grundsätzen der österreichischen Bundesregierung, die sich in ihrer internationalen Politik zur Verteidigung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet hat. Mit der Einladung von Taliban-Vertretern wird jedoch das Gegenteil signalisiert: Menschenrechte werden aus dem Zentrum der österreichischen Außenpolitik verdrängt.

Wir betonen zugleich, dass die Kriminalität Einzelner nicht als Rechtfertigung dienen darf, um elementare Werte aufzugeben oder Abschiebungen nach Afghanistan zu legitimieren. Österreich darf nicht zulassen, dass durch das Fehlverhalten weniger Straftäter eine ganze Gemeinschaft stigmatisiert wird – und schon gar nicht, dass Menschen in ein Land abgeschoben werden, indem ihnen Folter, Verfolgung oder der sichere Tod drohen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Non-Refoulement, auf den auch das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) in seinem letzten Bericht ausdrücklich verweist.

Hiermit möchten wir mit Nachdruck an die österreichische Bundesregierung appellieren, jegliche Akte der Zusammenarbeit mit den Taliban zu unterbinden sowie in der Außenpolitik eine proaktiv menschenrechtsfördernde Rolle einzunehmen.

mit besten Grüßen,
unterzeichnende Organisationen und Parteien

Nationale unterzeichnende Organisationen:

- Oxus (Medien Integration Kultur)
- Solidaritätsgruppe Afghanistan
- Resallat
- AKIS (Afghanische Kultur Integration und Sport)
- Acecc international diaspora Network
- Association Youth Afghanistan Leader in Europe

- Bano Magazin (Publischer of Afghan Women's Ideas in Europe)
- SOS Balkanroute
- Plattform Menschliche Asylpolitik
- Seebrücke Herzogenburg
- Stop Deportation Vienna
- Verein Ankommen
- KPÖ Wien

Internationale unterzeichnende Organisationen:

- The House for Peace and Democracy
- Rainbow Afghanistan
- AAE (Asociacion de afghanos en Espana)
- Associacio Cultural de Afganos Y Catalanes
- European - Global Civil Society Organisation
- Negar (Support to the Women of Afghanistan)
- ASA (Accompagnement Solidarite Assistance)
- Peace and Freedom Movement